

Deutscher Reichstag.

Nr 141 Freitag (Morgen)

Vierte Beilage zur Vossischen Zeitung.

1916 17. März

Abgeordnetenhaus.

27. Sitzung, Donnerstag, 16. März. (Fortsetzung.)

Am Ministertische: v. Trost zu Solz.

Die

Zweite Lesung des Kultusetats

wird fortgesetzt beim Kapitel höhere Lehranstalten.

Abg. Wildermann (Zr.): Ich spreche zum Schluß (Beifall) Die Schule muß die Schüler zu charakterfesten Deutschen erziehen. Gerade das idealistische Ziel unterrichtet unser Schulwesen von dem anderer Länder. Unsere höheren Schulen sind keine Ständeschulen. Ihre Schüler setzen sich aus allen Ständen zusammen. Nicht einmal die Vorschulen sind Ständeschulen. Die Forderung, sie zu verbieten, haben wir für einen unzulässigen Eingriff in die Unterrichtsfreiheit. Wohl aber sind wir für die Befestigung aller Vorschule, die die Vorschüler bei der Aufnahme in eine höhere Schule vor den Volksschülern genießen. Wir sind für jede Erleichterung, die den Vorschülern unermittelter Eltern den Besuch der höheren Schulen erleichtern soll. Aber die Einheitschule und die völlige Unwertgleichheit des gesamten Bildungswesens bis zur Unversität lehnen wir ab, weil sie keine Auslese der Tüchtigen, wohl aber ein Gelehrtenproletariat schaffen würden. Die Behauptung des Abg. Hoffmann, daß von den deutschen Oberlehrern die Schüler, die Stipendien beziehen, zurückgesetzt würden, ist einfach unwahr. Wir protestieren gegen diese Verleumdung unseres Oberlehrerstandes. (Beifall.) Und nun — versehen Sie das Wort — zu Dr. Liebknecht (Heiterkeit.) Er hat uns erzählt, seinen Kindern sei im Religionsunterricht der Haß gegen die Franzosen, Engländer und Russen gelehrt worden. Ich behaupte, daß in keinem Religionsunterricht ein solcher Haß gelehrt wird. In jedem Religionsunterricht wird gelehrt: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“ und es wird gezeigt, wie diese Nächstenliebe sich auch mit dem Kriege verträgt. Wir befinden uns in der Notwehr und es gibt keine größere Nächstenliebe, als daß man sein Leben hingibt für seine Freunde und für sein Volk. (Beifall.) Auch im Kriege hat das Christentum seine Geltung, ja jetzt gerade zeigt es sich in seiner ganzen Höhe und Größe. (Sehr wohl!) Den Kriegsprümanern sollten alle nur möglichen Vergünstigungen gewährt werden. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Fehr, v. Seditz (Zr.): Diese Rede war ein wahres Loblied gegen die erste Rede, die ja nur pathologisch zu bewerten ist. (Allseitige Zustimmung.) Ich beschränke mich auf die jetzt wirklich praktischen Fragen. Für große Probleme wird später Zeit zur Erörterung sein. Gerade die Jetztzeit lehrt uns, daß jedem wirklich fähigen alle Bildungsmöglichkeiten offen sein müssen. Das ist keine Gnade, sondern dient den Interessen von Staat und Volk. Gewiß soll das Endurteil über die Ausbildung den Eltern zustehen. Aber den Lehrern sollte ein maßgebender Einfluß auf die Entscheidung gewährt werden. Die höheren Schulen sollten von allem unnötigen Ballast befreit werden.

Kultusminister v. Trost zu Solz: Auch ich folge dem Beispiel des Vorredners und gehe jetzt auf die großen Probleme nicht ein. Auch die Unterrichtsverwaltung steht auf dem Standpunkt, daß den Anaben minderbemittelter Eltern mit hervorragenden Geistesgaben

Der Zugang zu den höheren Schulen

und auch zu den Universitäten zu öffnen ist. Das geschieht durch reichliche Stipendien. Das ist kein Almosen, sondern die Inanspruchnahme von Maßnahmen, die der Staat in seinem eigenen Interesse getroffen hat. An den höheren Schulen können 10 v. H. der Schüler die Schulgelde erlassen werden. Auf 3 1/2 Millionen Mark Schulgeld verzichtet alljährlich der Staat im Interesse der Anaben minderbemittelter Eltern. Zu Beginn des Krieges ist darüber hinaus verfügt worden, daß der Prozentfuß von 10 v. H. sogar überschritten werden darf. Wir werden auch weiterhin Mittel und Wege suchen, um den Aufstiegsbegabter Schüler bis zur Unversität zu ermöglichen. (Beifall.) Bei der Entscheidung, ob ein begabter Schüler in eine höhere Schule kommen soll, muß die Lehrerschaft mindestens als Ratgeberin gehört werden. Einverstanden bin ich mit der Befreiung der höheren Schulen von allem unnötigen Ballast. Dazu gehört auch eine Reform des einjährig-freiwilligen-Gezuznisses. Aber diese Frage ist so wichtig und bedeutungsvoll, daß jetzt an die notwendige eingehende Prüfung nicht herangegangen werden kann. Wird die höhere Schule in der Friedenszeit von dem Ballast des Berechtigungszeugnisses befreit, niemand wird sich darüber mehr freuen als ich. Den Oberlehrern an der Front und auch denen, die dahinter geblieben sind und alle Blicke freudig ausgefüllt haben, gebührt der Dank des Vaterlandes. (Beifall.) Die Schulzeit hat sich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nirgends gelockert. Die Klagen in der Öffentlichkeit über eine Verwilderung unserer Jugend sind übertrieben. (Zustimmung.) Gewiß hat sich hier und da eine große Abenteuerlust gezeigt. Aber die Berichte der Regierungspräsidenten zeigen neben manchen unersüßlichen Einzelschicksalen auch erfreuliche Zeichen von sittlicher und körperlicher Gesundheit unserer heranwachsenden Jugend. Das muß doch auch gesagt werden, um irgige Auffassungen in der Öffentlichkeit zu zerstreuen. Eine gemeinsame Beratung der beteiligten Bundesregierungen über die Frage der Kriegsprümaner steht unmittelbar bevor. Selbstverständlich wird unseren jungen Kriegern von der Schulbank der Wiedereintritt in das bürgerliche Leben möglichst erleichtert. Sie sollen von der Unterbrechung ihrer Ausbildung durch den Krieg so wenig Nachteile wie möglich haben. Immerhin handelt es sich um etwa 6000 junge Leute. Sie sollen in besonderen Kursen fortgebildet werden, denn sie sollen nicht wieder die Schulbank drücken. Aber ihnen allen ohne weitere Ausbildung das Reifezeugnis zu geben, ist nicht möglich. Die Väter und Söhne können überzeugt sein, daß die Unterrichtsverwaltung frei von jedem engherzigen Schulbureaucratismus bestrebt ist, den jungen Leuten in ihrem Fortkommen zu helfen. (Beifall.)

Abg. Dr. Wankenburg (Mitb.): Lehrer und Schüler tun draußen vor dem Feinde in gleicher Weise ihre Pflicht. Die neuere Jugendbewegung ist vor dem Kriege in ihrem Wert vielfach unterschätzt worden. Man erkennt aber leicht den Uebergang von den Gaudagen der Wandervogel zu dem „Deutschland über alles“, mit dem die jungen Regimenter Langemarck erfüllt haben. (Beifall.) Auch die nicht zu leugnenden Ausschreitungen der Jugendlichen können den

Optimismus in der Beurteilung unserer Jugend

nicht herabstimmen. Die Erlasse des Ministers zum Geschichtsunterricht begrüßen wir mit großer Freude. Wie Dr. Liebknecht behaupten kann, in den höheren Schulen werde der Haß gegen England gepredigt, ist mir unverständlich. Dazu ist gar keine Zeit vorhanden. Es mehren sich jetzt die Anregungen auf vermehrten fremdsprachlichen Unterricht. Ein „pandeutscher“ hat sogar den Erlaß des griechischen Unterrichts durch Griechisch vorgeschlagen. (Heiterkeit.) Es wäre vielleicht vorteilhafter, den Unterricht auf mehr fremde Sprachen als bisher auszudehnen. Das Danteschuljahr der nochmaligen Prüfung, das über den Kriegsprümanern schwebt, sollte endlich entfernt werden. Einen An-

gennenkämpfer oder U-Boot-Mann sollte man wirklich mit Einzeltragen nach dem spanischen Erfolgsgezieg z. B. nicht behelligen. (Seiterkeit.) Man sollte diese Frage nicht nur nach dem kühlen Verstande, sondern auch mit einer gehörigen Dosis Gemüt beurteilen. Wir haben mit den anderen Parteien daselbe Ziel, möglichst viel befähigten Volksschülern den geistigen Aufstieg zu ermöglichen. Es bleiben noch sehr viele Talente ungenutzt. Jetzt ist die beste Zeit, alle hier entgegenstehenden Schranken fallen zu lassen. (Beif. b. d. Mitb.)

Abg. Cassel (Zr.): Was der Minister gegen die übertriebenen Behauptungen über die zunehmende Verwilderung unserer Jugend gesagt hat, war hoch erfreulich und durchaus entgegenzuwirken. Die große Zahl der Gymnasialisten, die sich freiwillig zum Heeresdienst gemeldet und vielfach noch im zartesten Alter ihr Leben für die Verteidigung des Vaterlandes dargeboten haben, beweist, daß, soviel man an unserem Schulwesen aussetzen mag, jedenfalls das eine richtig ist, daß es zur Charakterstärke und zu Mut und Männlichkeit heranbildet. (Zustimmung.) Wenn sich 30 000 Schüler freiwillig zum Heere melden, so beweist das, daß sie von wahrer Vaterlandsliebe erfüllt sind, und diese Vaterlandsliebe ist ihnen in der Schule eingeplant worden. Es ist selbstverständlich, daß alles gefehlet muß, die Weiterbildung der Kriegsprümaner zu erleichtern. Ob man ihnen mit besonderen Kursen an unseren Hochschulen einen Gefallen tun wird, ist mindestens zweifelhaft. Allerdings spricht vieles für die Zulassung zu den Hochschulen, vor allem der eine Umstand, daß man mit den Notprüfungen sehr weit gegangen ist. Viele Primaner, die nur ganz kurze Zeit in der Prima waren, haben in der Notprüfung das Abiturientenexamen bestanden. Es muß die Primaner, die zufällig eine solche Notprüfung nicht bestanden haben, natürlich mit einem gewissen Reide erfüllen, wenn sie bei der Rückkehr aus dem Kriege schlechter dastehen als die, die das Notexamen abgelegt haben. (Sehr richtig!) In dieser Angelegenheit hat ja aber der Minister noch gar nicht endgültig Stellung genommen, und wir warten seine Entscheidung ab. Sollte die Idee der Vorkurse verwirklicht werden, so sollte man die Entscheidung über die Zulassung zur Hochschule ohne Ablegung eines besonderen Examen von einem Beschlusse des Lehrerkollegiums abhängig machen, damit den jungen Leuten die ständige Angst vor der Ablegung einer Prüfung genommen wird. Wir sind für alle Anregungen auf

Erhöhung der Unterküfungsfonds für bedürftige Schüler.

und wir wollen auch die Freischulstellen nach Möglichkeit vermehren wissen. Aber die Freischulstellen allein machen es nicht. Ohne Zuschüsse für den Unterhalt der Schüler werden auch in Zukunft viele Freischulstellen unbesetzt bleiben. Ganz allgemein können wir mit Genugtuung sagen, daß in Deutschland im Gegensatz zu anderen Ländern die Zahl derer, die sich aus den ärmsten Bevölkerungsschichten zu wissenschaftlicher Höhe heraufgearbeitet haben, sehr groß ist. (Sehr richtig!) Mit dem Unterricht von Lehrerinnen an den untersten Stufen der Anabenschulen haben wir in Berlin im Kriege die besten Erfahrungen gemacht. Bei den Primarlehren sollte das Examen nicht vor fremden Lehrern stattfinden, sondern durch die Lehrer der Anstalt unter Vorbehalt eines staatlichen Prüfungskommissars. Wir danken der Unterrichtsverwaltung, daß sie uns Berlinern in der Königin-Augusta-Schule eine so wunderbare vorbildlich und zweckmäßig ausgestaltete höhere Mädchenschule dargeboten hat, die allerdings durch die Stadt Berlin weitestgehende Unterstützung erfahren hat. Auch wir sind dafür, daß der Uebergang von der Volksschule zur Sexta früher als jetzt erfolgen sollte. Kann dieser Uebergang ohne Zeitverlust gegenüber den Vorschülern erreicht werden, dann könnte man allerdings die Frage der Befestigung der Vorschulen erörtern. Der heutige Zustand aber, daß die Berliner Gemeindefschüler vor dem Eintritt in das Gymnasium eine Schulzeit bis zu 5 Jahren absolvieren müssen, ist unerträglich, zumal auf der anderen Seite Bestrebungen auf Verlängerung des Studiums bestehen. Den Mittelschulen stehen wir an sich sympathisch gegenüber, nur dürfen sie nicht auf die Pflege der Volksschule drüßend wirken. Die Mittelschüler bezahlen Schulgeld, die Volksschüler nicht, und deshalb besteht die Gefahr, daß die Mittelschulen bei der Vergebung von Unterrichtsmaterial bevorzugt werden. Die Mittelschulen dürfen niemals die Volksschule schädigen. In der Hauptsache bestehen sie ja nur in den größeren Städten. Aber auch für die kleineren Städte und für das flache Land muß ein Weg gefunden werden, um Volksschülern die Möglichkeit zur Erlangung der Reife zu gewähren. Hier handelt es sich nicht nur um die Kinder minderbemittelter Eltern, sondern auch viele wohlhabende Leute auf dem Lande würden ihre Kinder bei sich behalten und nicht in die Stadt in die Pension geben, wenn sie nach dem Schulbesuch auf irgendeinem Wege zu einer Volksschule übergehen könnten. Jedenfalls wäre das Verbleiben der Schüler im Elternhaus nicht nur eine Freude für die Eltern, sondern auch eine Wohlthat für die Schüler. Die Angriffe gegen das humanistische Gymnasium schießen über das Ziel hinaus. Wir sind

Für die Erhaltung des humanistischen Gymnasiums

in seiner heutigen Wesenheit, wenn wir uns auch notwendigen Reformen nicht verschließen. Die Wurzeln unserer Kulturerrungenschaften gehen auf die Griechen und Römer zurück und ohne Kenntnis der Quellen ist eine Fortbildung unmöglich. (Sehr richtig!) Daß das humanistische Gymnasium die Schüler zu echten Deutschen erzieht, das hat doch gerade diese Kriegszeit gelehrt. Schon bisher hat Deutsch auch im Mittelpunkt des Unterrichts am humanistischen Gymnasium gefunden und der Unterricht wurzelt in allen seinen Zweigen im deutschen Volkstum. Wir alle sind der Ueberzeugung, daß in gewissem Sinne eine Einheit in unserem Schulwesen bestehen muß. Jeder muß sich von Ueberhebung freimachen und sich stets bewußt sein, daß er mit allen übrigen Mitgliedern des Volkes in Fühlung bleiben muß. Dann wird auch in allen Kreisen wahre Vaterlandsliebe und der Geist der Hingabe des Besten für die Allgemeinheit herrschen. Wir wollen allenthalben das Bewußtsein schaffen, auf Grund des auf unseren Schulen erworbenen Gemeingefühls im Interesse aller Volksgenossen zu wirken, dann wird Bildung und Volkswohlfahrt, Volksgemeinschaft und Staat aufblühen. (Beif. Beifall.)

Ein Schlußantrag wird angenommen. Die Besprechung über die Beratungsgruppe: Höhere Lehranstalten ist damit beendet.

Das Haus vertagt sich auf Freitag 11 Uhr (Elementarunterrichtswesen).

Schluß 4 1/2 Uhr.

Haltekindertwesen im Abgeordnetenhaus. Die Justizkommission des Abgeordnetenhauses beriet gestern den fortschrittlichen Antrag, betreffend das Haltekindertwesen. Nachdem der Antrag eingehend begründet worden war, erklärte der Vertreter des Ministers des Innern in längerer Ausführungen, die Staatsregierung stehe im Begriff, eingehende Untersuchungen über die Frage der Kindersterblichkeit einzuleiten. In enger Verbindung hiermit solle das Gebiet des Haltekindertwesens einer gründlichen Untersuchung unterworfen werden, um zu durchgreifenden gesetzgeberischen Maßnahmen zu gelangen. Die Kommission beschloß mit Rücksicht auf diese Erklärung, ihre Beratungen zu vertagen, bis die Regierung über die von ihr vorzuschlagenden Maßnahmen Auskunft geben könne.

Deutscher Reichstag.

34. Sitzung, Donnerstag, den 16. März, nachm. 3 Uhr.

Am Bundesratstisch: Delbrück, Lisow, Kraetzke, Helfferich.

Präsident Dr. Raempf eröffnet die Sitzung und erteilt zur Einbringung des Etats und der neuen Steuern das Wort dem

Reichsschatzsekretär Dr. Helfferich:

Die gegenwärtige Tagung, die in dem bisher interessantesten Monat des Krieges beginnt, ist vor allem eine Tagung des Reichshaushaltes. Während im vorigen Jahre der Reichshaushaltsplan mehr eine Formfrage war, bei der größere sachliche Meinungsverschiedenheiten nicht auftreten konnten, sind diesmal mit dem Reichshaushaltsplan Fragen von großer sachlicher Bedeutung verbunden in denen die Meinungen allerdings auseinandergehen können. Die verbündeten Regierungen sind überzeugt, daß Ihre Verhandlungen über diese Fragen von dem gleichen aus der großen Zeit geborenen Geist durchdrungen sein werden, wie Ihre bisherigen Beratungen: von dem Bewußtsein untrennbarer Zusammengehörigkeit des deutschen Volkes und von dem einheitlichen Willen, in diesem Kriege unser Deutschland siegreich zu behaupten und unseres Volkes und Reiches Zukunft zu sichern.

Auch diesmal muß ich darauf verzichten, eine auperläßliche Beranschlagung der Einnahmen und Ausgaben vorzulegen, wir haben deshalb wieder bei den meisten Kapiteln die Ansätze des letzten Friedensjahres eingestellt unter Berücksichtigung von gewissen Zu- und Abgängen, die sich im Laufe der Zeit ergeben haben. Wenn wir damit auch auf die jetzt nicht durchführbare genaue Beranschlagung verzichten, so stellen wir doch die verfassungsmäßige Grundlage für die Fortführung der Reichsgeschäfte sicher. Wir haben bei der Aufstellung des Etats äußerste Sparsamkeit walten lassen. Bei den fortdauernden Ausgaben haben wir von der Schaffung irgendwelcher neuen Beamtenstellen abgesehen und die einmaligen Ausgaben beschränkt auf die Fortführung bereits begonnener Bauten usw. Auch hier ist alles nicht Mögliche nach Möglichkeit zurückgestellt. Die im Etat geforderten Mittel werden einige Zeit vorhalten, bei Bedarf werden weitere beantragt werden.

Im außerordentlichen Etat sind die Ausgaben für und Marine indogegriffen. Für das laufende Etatsjahr haben wir noch eine Friedensrate eingestellt, sie wird nicht in Anspruch genommen, für 1916 sehen wir davon ab; auch wenn der Friede bald kommen sollte, wird die Ueberleitung zum Friedenszustand längere Zeit erfordern und etatsrechtliche Uebergangsmassnahmen notwendig machen. Seine eigentliche Bedeutung erhält der Kriegsetat durch die Summen für den Dienst der Reichsschuld, Verzinsung und Tilgung figurieren mit 2303 Millionen Mark, im vergangenen Jahr waren es 1286 Millionen Mark und im letzten Friedensjahr 2400 Millionen Mark. Hier erschließt sich noch mitten im Kriege

eines der größten staatswirtschaftlichen Probleme,

die wir im Frieden zu lösen haben werden und dem wir nicht früh genug unsere Aufmerksamkeit und Sorge widmen können. Die Erhöhung der Ausgaben für den Schuldendienst um mehr als eine Milliarde Mark wird zunächst zur Hälfte ausgeglichen durch den Wegfall der laufenden Ausgaben für Meer und Marine; dieser Ausgleich wird noch verbessert durch die Herabmindernng der Ausgaben um 80 Millionen Mark, so daß der Schuldendienst gegen das Vorjahr um 366 Millionen Mark höher erscheint. Auf der anderen Seite ist der Mehrbeitrag, dessen letzte Rate von 338 Millionen Mark im vorjährigen Etat erschien, nicht mehr eingestellt, dagegen ist ein Ueberfluß für 1915 in Höhe von 220 Millionen eingestellt. Insgesamt betragen die Einnahmen des oedentlichen Etats ohne Erhöhung neuer Quellen gegenüber dem Vorjahr 144 Millionen weniger, und das gegenüber einem Mehr bei den Ausgaben in Höhe von 336 Millionen Mark. Es entsteht also ein

Fehlbetrag von 480 Millionen Mark.

Als Deckung schlagen die Verbündeten Regierungen die neuen Kriegsteuern vor. Damit ist der Etat aber nur formell ins Gleichgewicht gebracht. (Sehr wahr!) Wenn etwas im neuen Etat sicher ist, dann, daß die Einnahmen die Ansätze nicht erreichen werden. Wir können aus dem Bankwesen infolge der Kriegsbefreiung der Reichsbank und ihrer starken Inanspruchnahme mit einer Mehreinnahme von 150 Millionen Mark, ferner aus den Darlehnskassen mit einer nicht sicher abschätzenden Mehreinnahme rechnen, ich habe diese Beträge aber nicht eingestellt, denn wenn wir auf der einen Seite das sichere Minus nicht einstellen, dürfen wir auf der anderen Seite auch nicht ein nicht sicheres Plus einstellen. Der latente Fehlbetrag läßt sich nicht schäßen. Um ihn zu decken, haben wir einen Doerittel eingeseht, wonach die im Jahre 1916 eingehenden Erträge der Kriegsgewinnsteuer zur Deckung dieses Fehlbetrages verwendet werden können. Wir hoffen, daß dieser Doerittel sich in einer für die Reichsfinanzverwaltung erfreulichen Weise füllt. Wir haben deshalb im Entwurf des Kriegsgewinnsteuergesetzes vorgesehen, daß die juristischen Personen bereits nach dem Ende des zweiten Kriegsgeschäftsjahres vorläufig veranlagt werden können.

Das zweite Kriegsgeschäftsjahr ist abgelaufen für die mit dem 31. August 1915 sowie für die mit dem 30. September schließenden Gesellschaften, aber auch für die, deren Geschäftsjahr mit dem Kalenderjahr zusammenfällt und auch die Gesellschaften, die am 31. März schließen, und das sind nicht wenige. Hieraus sind erhebliche Beträge zu erwarten, da diese Gesellschaften erhebliche Mehrgewinne zu verzeichnen hatten. Die Kriegsgewinnsteuer ist also gewissermaßen ein Ausgleichsposten, der uns über das rein formelle Gleichgewicht hinaus ermöglichen wird, dem tatsächlichen Gleichgewicht nahe zu kommen. Aber — um keine Illusionen aufkommen zu lassen, das ist immer erst die Befriedigung des rein bürgerlichen Reichshaushaltes ohne Heeresausgaben. Und zur Bilanzierung dieses rein bürgerlichen Haushaltes sind 480 Millionen neuer Steuern neben der Kriegsgewinnsteuer erforderlich.

Das ist das Mindeste, das wir nach der Ansicht der verbündeten Regierungen verlangen müssen, wenn nicht der Bau unseres Wirtschaftens, der bisher allen Anforderungen des gewaltigen Krieges sich so unvergleichlich gewachsen gezeigt hat, und der sich besser bewährt hat, als die Finanzwirtschaft auch des stärksten unserer Gegner nicht ernstlich in Gefahr gebracht werden soll. Die Gefahr auszuschließen, ist der Zweck der neuen Steuervorlage, in ihm finden Sie ihre Begründung und ihre Begrenzung. Weiter geht unsere Absicht nicht. Ich stelle das ausdrücklich fest, weil ich in der Presse und auch sonst der Meinung begegnet bin, ich habe mich von meiner vor einem Jahre vertretenen Finanzpolitik abdrängen lassen. Vor einem Jahre habe ich nur erklärt, ich glaube von neuen Steuern absehen zu können, so lange es möglich ist, den Etat ohne neue Einnahmen zu balanzieren. Vor einem Jahre war das noch möglich, heute nicht mehr, und deshalb müssen wir die Konsequenzen ziehen. Auch vor Feinde soll man lernen, wie man es machen kann und wie nicht. Der englische Schatzkanzler hat eine Finanz-